

Wolfgang Müller

BELGIEN

Politische Struktur

1944 wurde Belgien von der NS-Herrschaft befreit, die belgische Exilregierung kehrt aus London zurück. Das der Kollaboration mit der deutschen Besatzung bezichtigte Staatsoberhaupt, König Leopold III., blieb zwar im Amt, die Regentschaft wurde aber von seinem Bruder Karl übernommen. 1951 musste Leopold zugunsten seines Sohnes, Baudouin I., abdanken. Die Kriegserfahrungen führten dazu, daß Belgien schon 1944 gemeinsam mit den Niederlanden und Luxemburg die Benelux-Zollunion (ab 1948 in Kraft) gründete und 1949 unter Aufgabe seiner bisherigen Neutralität der NATO beitrug.

Die jüngere Geschichte Belgiens und auch sein Parteiensystem waren von der Auseinandersetzung zwischen Flamen und Wallonen bestimmt. Die Nationalitätenfrage, die man durch die in den 70er Jahren beschlossene, 1993 vollendete Umwandlung des Landes in einen Bundesstaat beizulegen hoffte, führte zur Bildung ethnisch definierter Gruppen innerhalb der nationalen Parteien sowie von Autonomiebewegungen und neuen "Sprachparteien" jenseits der etablierten Kräfte. Dominierend waren bis 1999 die Christdemokraten, die seit 1984 in einer großen Koalition gemeinsam mit den Sozialdemokraten regierten. Diese Regierung (seit 1991 unter Jean-Luc Dehaene) wurde zunehmend mit Korruption und Skandalen (Dioxin-verseuchtes Tierfutter, Kindesentführer Marc Dutroux, NATO-Generalsekretär Willy Claes) identifiziert und erreichte 1995 nur knapp über 50%. Die Wahlen 1999 brachten Zugewinne für Liberale, Grüne und Rechtsextreme (Front National und Vlaams Blok), seither regiert eine sozialdemokratisch-liberal-grüne Koalition unter Guy Verhofstadt.

Rechtsextremismus/Rechtspopulismus

Am rechtsextremen Rand angesiedelt ist der ausländerfeindliche Vlaams Blok (VB), der 1979 aus der Flämischen Nationalpartei und der Flämischen Volkspartei entstand und unter den jungen, erfolgreich wirkenden Parteichefs Filip Dewinter und Frank Vanhecke bei den Parlamentswahlen 1999 9,8%, in Antwerpen sogar 28,8%, erzielte. Von 1979 bis 1988 vollzog der Vlaams Blok den Wechsel vom flämischen Nationalismus, der die Zerschlagung Belgiens und ein unabhängiges Flandern forderte, hin zum Rassismus. Der VB macht Einwanderer für Kriminalität verantwortlich und fordert einen Einwanderungsstopp, Apartheid, mehr Polizeikompetenzen und eine Kinderprämie für Belgier. Wie auch in der FPÖ bestehen im Vlaams Blok am "rechten Rand" Beziehungen zu Neonazi-Organisationen. Der VB wird aufgrund seiner Politik von allen anderen Parteien auf nationaler Ebene klar ausgegrenzt.

Dennoch hat sich das innenpolitische Klima in der Ausländerfrage eindeutig verschlechtert. Die belgische Ausländerpolitik wurde unter dem Kabinett Dehaene deutlich verschärft, auf den Anstieg der Asylwerber- und Einwandererzahlen aus Afrika in den 90er Jahren reagierte die Regierung mit einem Einwanderungsstopp. Überdies verübte die belgische Polizei immer wieder rassistische Gewalttaten gegen afrikanische Einwanderer. Als im November 1998 eine Asylwerberin beim Versuch ihrer gewaltsamen Abschiebung tödlich verletzt wurde, regte sich Widerstand gegen die restriktive Haltung, Demonstrationen erzwangen den Rücktritt des sozialdemokratischen Innenministers Louis Tobback, und die Kirchen nahmen Asylwerber und illegale Einwanderer auf. Die Regierung Verhofstadt verfolgt nun eine Politik der kontrollierten Einwanderung, beschleunigten Asylverfahren aber auch sofortigen Abschiebung im Fall der Ablehnung. Im Februar 2000 wurde ein verschärftes Gesetz gegen rassistische Propaganda beschlossen.

Maßnahmen

Bereits am 27.1.2000 forderte die belgische Regierung eine gemeinsame Reaktion der EU-Staaten "auf die politische Situation in Österreich", ein Vorkämpfer für die Maßnahmen war Vizepremier und Außenminister Louis Michel, der Chef der wallonischen Liberalen. Bald nach der ÖVP/FPÖ-Regierungsbildung kam es in Brüssel zu heftigen Demonstrationen, in welchen Haider mit Hitler verglichen wurde, und an welchen sich auch Regierungsmitglieder beteiligten. Von der belgischen Regierung wurde ein Auftrag an Steyr-Daimler-Puch storniert, Außenminister Michel bezeichnete Urlaub in Österreich öffentlich als "unmoralisch".

Diese Reaktion resultierte aus der Besorgnis über das Erstarken ausländerfeindlicher Parteien in Europa, die man in Belgien – wie auch in Österreich bis 2000 gegenüber der FPÖ – durch einen "cordon sanitaire" einzudämmen hoffte, aber auch aus dem Ziel Michels, die eigene Politik nach ethischen Grundsätzen zu definieren. Diese Haltung war auch in Belgien nicht unumstritten: besonders flämische Medien (z.B. "De Standard") beurteilten die FPÖ-Regierungsbeteiligung in Österreich gelassener als die Wallonen, unter welchen aufgrund der zweimaligen Besetzung des Landes durch Deutsche eine große Sensibilität gegenüber Gewalt und Nationalismus herrscht.

Parlamentswahlen Belgien 1999

Liberale *	24,3%
Christdemokraten *	20,1%
Sozialdemokraten *	19,8%
Grüne *	14,2%
Vlaams Blok / Front National	11,3%
Sonstige	10,3%

* flämische und wallonische Parteien zusammengefaßt

Medien- und Quellentexte:

"Belgische Sensibilität gegen rechte Sprüche" (Der Standard, Wien, 29.1.2000)

"The wrong decision for the right reasons" (European Voice, Brüssel, 3.2.2000) kein Volltext!

"Der gefährliche Boykott gegen die Österreicher" (La Libre Belgique, Brüssel, 22.2.2000)

"Brüsseler Spitzen: Man schlägt die FPÖ und meint den Vlaams Blok" (Die Presse 26.2.2000)

"Schüssel opfert die Ehre" (profil, Wien, 11/00, 13.3.2000)

Antwort SE, des Botschafters von Belgien, Herrn Michel Adam, auf diverse Briefe österreichischer Staatsbürger, 19.5.2000

DÄNEMARK

Politische Struktur

Dänemark besitzt traditionell ein liberales, tolerantes Image. Dazu beigetragen haben die Rettungsaktion der dänischen Bevölkerung für die Juden des Landes während der deutschen Besetzung, die starke Teilnahme an internationalen UNO und NATO-Friedenseinsätzen, die aktive Entwicklungspolitik des Landes und der hohe Respekt gegenüber jeglichen Minderheiten. Das Parteiensystem ist daher auch von vielen Kleinparteien (2%-„Hürde“), häufigen Minderheitsregierungen und Koalitionen geprägt. Von 1973 bis 1993 und seit 1998 sind Minderheitskoalitionen an der Regierung. Die Konservativen führten 1982–93 eine Minderheitsregierung unter Poul Schlüter an, die wegen eines Justizskandals zurücktreten mußte. Die Sozialdemokraten (SD), seit 1924 stärkste Fraktion im Folketing, bildeten 1993 eine Koalitionsregierung unter Poul Nyrup Rasmussen, die sich seit 1998 nur mehr auf eine Minderheit der Abgeordneten stützt.

Rechtsextremismus/Rechtspopulismus

Die sozialdemokratisch-liberale Koalition unter Poul Nyrup Rasmussen hat deutlich an Popularität verloren, die Akzeptanzwerte der SD sanken von 35% (Wahlen 1998) auf 20% (Umfrage 2000, laut Profil 14/2000). Für die nächsten Wahlen (spätestens 2002) rechnen die Liberalen unter Anders Fogh-Rasmussen mit einem Sieg. Sie haben eine Koalition mit der rechtspopulistischen, ausländerfeindlichen Dänischen Volkspartei (DF) unter Pia Kjaersgaard zwar ausgeschlossen, nicht aber die Akzeptanz der parlamentarischen Duldung einer liberalen Minderheitsregierung durch die DF.

Die DF erwartet ebenfalls Zugewinne. Sie hat sich 1995 von der gleichfalls fremdenfeindlichen Fortschrittspartei abgespalten, 1998 bei den Wahlen 7,4% der Stimmen erzielt und verfügt über Umfragewerte von ca 15% (2000, laut Profil 14/2000). Trotz des relativ geringen Ausländeranteils von ca 6% an der Gesamtbevölkerung und des hohen Wohlstandes im zweitreichsten EU-Land greift sie Einwanderer (vorwiegend aus der Türkei, Pakistan, dem Irak, Iran, und Somalia) als Sozialschmarotzer an und fordert einen totalen Einwanderungsstopp und die Aussiedelung ehemaliger Gastarbeiter. Die DF profitiert von der bisher versäumten Integration der Immigranten (nur 1% bei Beamten, lokal bis zu 60% Ausländerarbeitslosigkeit) und den Veränderungsängsten abstiegsgefährdeter Schichten und konnte 1998 viele Arbeiterwähler von der SD abziehen. Sie setzt damit die Regierung unter Druck, die im Februar 2000 ein 78-Punkte-Programm mit Restriktionen für Familienzusammenführung beschlossen hat. Von der nächsten Regierung fordert die DF eine Übernahme ihrer ausländerpolitischen Forderungen als Bedingung für ihre Unterstützung.

Gegen die fremdenfeindliche Kampagne der DF haben sich ehemalige sozialdemokratische Politiker, Bischöfe und Schriftsteller zusammengeschlossen.

Maßnahmen

In das Blickfeld österreichischer Medien geriet Dänemark besonders durch die Aussagen des dänischen Ministerpräsidenten Rasmussen über Warnungen Bundeskanzler Klimas und Bundespräsident Klestil vor einer FPÖ-Regierungsbeteiligung, die von dänischen Medien („Jyllandsposten“, „Ekstra Bladet“) als „Aufforderung zum Boykott“ präsentiert wurden. Später traten die dänische Regierung und Opposition in Übereinstimmung mit der Bevölkerungsmehrheit wiederholt für eine rasche Aufhebung der Maßnahmen ein. Mitverantwortlich dafür waren Befürchtungen, die Isolation Österreichs durch 14 EU-Staaten könne einen Solidarierungsreflex mit Österreich gegen die Bevormundung kleiner EU-Staaten durch große sowie eine Verstärkung der traditionell EU-kritischen Haltung in der Bevölkerung und damit das Scheitern der für September 2000 angesetzten Volksabstimmung über die Einführung des Euro bewirken. Dänemark ist seit 1973 EU(EG)-Mitglied, seine Bevölkerung hat

sich aber wiederholt in Referenden gegen die europäische Integration ausgesprochen: 1982 trat das autonome Grönland aus der EG aus, 1992 erzwangen die Dänen durch die Ablehnung des EU-Vertrages Sonderregelungen für ihr Land.

Parlamentswahlen Dänemark 1998

Sozialdemokraten	36%
Liberale	24%
Konservative Volkspartei	8,9%
Sozialistische Volkspartei	7,5%
Dänische Volkspartei	7,4%
Zentrumsdemokraten	4,3%
Sozialliberale	3,9%
Rot-Grüne Einheitsliste	2,7%
Christliche Volkspartei	2,5%
Fortschrittspartei	2,4%
Sonstige	0,4%

Medientexte:

“Schwindlige Wohlfahrt” (Profil, Wien, 14/2000, 3.4.2000)

“Dänische Mühen mit dem Österreich-Boykott der EU-Staaten” (Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 6.4.2000)

DEUTSCHLAND

Politische Struktur

Deutschland war als Hauptverantwortlicher für den Nationalsozialismus, den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust zu einer intensiven Auseinandersetzung mit seiner Vergangenheit gezwungen, und die Bundesrepublik errang seither großes internationales Ansehen für ihre Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, ihre demokratische Entwicklung und den wirtschaftlichen Wiederaufbau sowie die politische Aussöhnung insbesondere mit Frankreich, Israel und dem Judentum. Die BRD ist Gründungsmitglied der europäischen Gemeinschaftsorganisationen und war durch seine besondere Freundschaft mit Frankreich gemeinsam mit diesem maßgeblicher Motor der Integration. Innenpolitisch war sie großteils von der CDU/CSU als Regierungspartei geprägt, die unter Helmut Kohl und in Koalition mit der FDP auch die erste gesamtdeutsche Regierung nach der Wiedervereinigung mit den Ländern der ehemals sozialistischen DDR 1990 stellte, und von der SPD, die sich mit Ausnahme der Jahre 1969 bis 1982 meist in Opposition befand und 1998 gemeinsam mit dem Bündnis 90/Die Grünen die Regierung übernahm.

Rechtsextremismus/Rechtspopulismus

Seit Beginn der 90er Jahre ist in Deutschland, insbesondere im Osten, der Rechtsextremismus erneut angestiegen. Das rechtsextreme Parteienspektrum wird hauptsächlich von drei Formationen gebildet, die aber bei Bundestagswahlen bedeutungslos blieben: Die 1964 von Adolf von Thadden gegründete Nationaldemokratische Partei (NPD) trat 1998 neuerlich bei Bundestagswahlen an und erhielt 0,3%, sie ist aber weiterhin aktiv; die 1971 gegründete Deutsche Volksunion (DVU) des Münchener Medienunternehmers Gerhard Frey errang nach jahrzehntelanger Bedeutungslosigkeit 1998 bei Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt 12,5%, kam aber bei den Bundestagswahlen im selben Jahr nur auf 1,2%; die 1983 von der CSU abgespaltenen Republikaner Franz Schönhubers erhielten 1998 1,8%. Während die DVU stets Kontakte zu Holocaust-Leugnern und "Revisionisten"-Kreisen unterhielt, versuchte Schönhuber, sich "vom Umfeld der DVU" abzugrenzen. Besondere Besorgnis erweckt die sprunghafte Zunahme von rechtsextremer Gewalt gegen Immigranten, von Anschlägen auf Asylantenheime (Hoyerswerda, Kiel) und von zum Teil über Internet verbreiteter neonazistischer Propaganda. Zu finden sind die Gewaltexzesse insbesondere in der ehemaligen DDR, mitverantwortlich dafür sind die mangelnde Vergangenheitsbewältigung und Demokratisierung, die politische Orientierungslosigkeit Jugendlicher, sowie hohe Arbeitslosigkeit, enttäuschte Wohlstandshoffnungen und soziale Abstiegsängste in den wirtschaftlichen Problemregionen. Weiters dazu beigetragen haben staatliche Versäumnisse in der Integration von Zuwanderern und im Staatsbürgerschaftsrecht. Das Asylrecht, das bis zur Wiedervereinigung primär auf die Einwanderung aus der DDR ausgerichtet war und – anders als in Österreich – im Grundgesetz verankert ist, wurde 1993 drastisch eingeschränkt, was zu einem deutlichen Rückgang der Asylantenzahlen führte. Seit Juli 2000 werden verstärkt staatliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und auch ein Verbot der NPD diskutiert. Zwar wurde die Gesellschaft von politischer Seite mehrfach zur Zivilcourage gegen Gewalttäter und zur Solidarität mit den Verfolgten aufgefordert, doch ließen gerade Lokalpolitiker die notwendige Entschiedenheit im Umgang mit der Ausländerfeindlichkeit bislang vermissen.

Maßnahmen

Das österreichische Wahlergebnis 1999 wurde in deutschen Medien als Zeichen der Unzufriedenheit mit Proporz und Stagnation interpretiert. Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber trat daher für eine ÖVP/FPÖ-Koalition, allerdings ohne Regierungsbeteiligung Haider, ein, erntete mit dieser Forderung aber heftige Kritik der anderen Parteien. Auch die CDU äußerte sich im Jänner 2000 kritisch über die ÖVP/FPÖ-

Verhandlungen, fordert aber inzwischen in Übereinstimmung mit 76% der deutschen Bevölkerung eine rasche Aufhebung der Maßnahmen (Umfrage 2000, laut Die Presse, Wien, 8.7.2000). Die deutsche Bundesregierung (SPD, Bündnis 90/Die Grünen) vertritt in der Frage der Maßnahmen eine harte Linie gegenüber der österreichischen Koalition. Sie demonstrierte damit innenpolitisch Härte gegenüber der wachsenden Fremdenfeindlichkeit, außenpolitisch hingegen Loyalität zu Frankreich, zu dem die Beziehungen unter Gerhard Schröder deutlich abkühlt waren. Die deutsche Regierung muß auch bemüht sein, europäische Ängste vor einem "germanischen Block" innerhalb der EU zu zerstreuen und die Integrationsfähigkeit des wiedervereinigten Deutschlands unter Beweis zu stellen. Die Maßnahmen wurden daher trotz ihres formal bilateralen Charakters als einer der ersten Ansätze zu einer europäischen Innenpolitik bewertet.

Obwohl Opposition und Regierung in der Frage der Maßnahmen unterschiedliche Positionen einnahmen, bestand ein allgemeiner Konsens darüber, daß fremdenfeindliche und den Nationalsozialismus verharmlosende Aussagen von Politikern nicht toleriert werden dürfen. Deutschland ist aufgrund seiner Geschichte daran gewöhnt, unter internationaler Beobachtung und im internationalen Kontext zu handeln, und hat sich daher wesentlich früher und klarer vom Nationalsozialismus abgegrenzt als Österreich.

Bundestagswahlen Deutschland 1998

SPD	40,9%
CDU/CSU	35,1%
Bündnis 90/Die Grünen	6,7%
FDP	6,2%
PDS	5,1%
REP*	1,8%
DVU*	1,2%
NPD*	0,3%
Sonstige	2,7%

*nicht im Bundestag vertreten

Medientexte:

zu Österreich:

"Flucht der Wähler" (Handelsblatt, Düsseldorf, 5.10.1999)

"Das rechte Mittel" (Süddeutsche Zeitung, München 5.10.1999)

"Sperrfeuer auf den Alpenbunker" (Der Spiegel, Hamburg, 6/2000)

"Österreich auf dem Prüfstand der EU-Weisen" (Die Zeit, Hamburg, 32/2000)

zum Rechtsextremismus in Deutschland:

"Der Sozialismus kommt im rechten Gewand daher" (Der Standard, Wien, 23.6.1999)

Links und Artikel: www1.zeit.de/tag/links/ges_verbr_rechtsextremismus.html

Aussendungen der Bundestagsfraktionen:

SPD: www.spd.de/service/vorwaerts/0003/p1080.htm

CDU/CSU: www.cdusu.bundestag.de/texte/lamer61i.htm

Bündnis 90/Die Grünen: www.gruene-fraktion.de/archiv/pm/index.htm

FDP: www.liberales.de/db/ak.zeige.phtml?id=28375&corg=

PDS: www.pds-online.de/pressearchiv/index.htm

FINNLAND

Maßnahmen-skeptisch, neuer Außenminister Ekki Tuomioja für Aufhebung¹

Maßnahmen als Thema im finnischen Präsidentschaftswahlkampf

Esko Aho (zentrum) contra

Tarja Halonen (SP) pro > Präsidentin

EDU-Vorsitzender Sauli Niinistö contra

¹ News 12/00.

FRANKREICH

Politische Struktur

Frankreich ist eine Präsidentialrepublik, der vom Volk gewählte Präsident wurde bisher mit Ausnahme des Sozialisten François Mitterand stets von konservativen Politikern gestellt (Charles de Gaulle, Georges Pompidou, Valéry Giscard d'Estaing, Jacques Chirac). Obwohl der Staatspräsident die französische Politik dominiert, ist er doch mit wechselnden Parlamentsmehrheiten von Konservativen und Sozialisten konfrontiert und kann somit gezwungen sein, eine von der "gegnerischen" Partei gebildete Regierung zu akzeptieren ("cohabitation"). Das französische Parteienspektrum ist sehr differenziert. Bei den Wahlen 1997 wurde das Mitte-Rechts-Bündnis, bestehend aus dem neogaullistisch-konservativen RPR und der bürgerlich-liberalen UDF, abgelöst durch eine Links-Koalition der Sozialisten, Grünen und Kommunisten unter der Führung von Lionel Jospin.

Rechtsextremismus/Rechtspopulismus

Die französische Innenpolitik war von 1984/86 bis 1999 geprägt vom Aufstieg der rechtsextremen, ausländerfeindlichen Front National (FN) unter Jean-Marie Le Pen. Bei Regionalwahlen (z.B. Nizza 1992) errang die 1972 gegründete und lange erfolglose Partei bis zu 28% der Stimmen (primär Protestwähler, Arbeitslose, Arbeiter und Jugendliche), lokale Koalitionen mit konservativen Politikern scheiterten aber meist. Auf nationaler Ebene konnte die FN bis zu 15% der Stimmen verbuchen, ein Bündnis mit den bürgerlichen Parteien steht aber nicht mehr zur Diskussion, nachdem sich Le Pen bei den Präsidentschaftswahlen 1988 geweigert hatte, eine Empfehlung für Chirac abzugeben und dieser gegen Mitterand unterlag. Anfang 1999 spaltete sich der Mouvement National (MN) unter Le Pens politischem "Ziehsohn" Bruno Mégret von der Front National ab; seither ist das rechtsextreme Lager geschwächt und liegt deutlich unter 10%: bei den Europawahlen 1999 konnte die FN 5,7%, der MN nur 3,3% erzielen. Infolge eines gewalttätigen Wahlkampfauftrittes 1997 wurden Le Pen schließlich sukzessive seine Abgeordnetenmandate in der französischen Nationalversammlung, im Regionalparlament der Provence-Alpes-Côte d'Azur und im Europaparlament aberkannt.

Vom Wählerschwund der Rechtsextremen profitierte der neogaullistisch-nationalpopulistische RPF unter Charles Pasqua, der sich vom RPR abgespalten hat und europakritische, aber nicht fremdenfeindliche Positionen vertritt. Sowohl der konservative Präsident als auch die linke Regierung haben eine politische Zusammenarbeit mit der extremen Rechten konsequent ausgeschlossen.

Maßnahmen

Der französische Präsident und die französische Regierung haben sich bereits während der österreichischen Koalitionsverhandlungen als vehemente Gegner einer möglichen FPÖ-Regierungsbeteiligung deklariert und diese Haltung in der Frage der Maßnahmen beibehalten. Die Gründe dafür waren – neben den heftigen Verbalattacken Jörg Haiders auf den französischen Präsidenten – innenpolitischer, europapolitischer und bilateraler Natur.

1. Der Aufstieg der FPÖ wurde in der französischen Öffentlichkeit mit dem parallel ablaufenden Aufstieg der rechtsextremen FN identifiziert. Die Ausgrenzungspolitik gegenüber der FPÖ entspricht daher jener Haltung, die auch innenpolitisch gegenüber der FN und MN eingenommen wird. Der Präsident, die Regierung und auch die meisten Medien rezipieren die FPÖ/ÖVP-Koalition primär als Präzedenzfall einer politischen Legitimierung des Rechtsextremismus, die es für Frankreich und alle anderen EU-Staaten unbedingt zu verhindern gilt.

2. Auf europäischer Ebene hat die Abschwächung der Achse Berlin–Paris seit dem Ende der "Ära Kohl" französische Besorgnis über die zukünftige "Kontrollierbarkeit" des wiedervereinigten Deutschlands entstehen lassen. Da Österreich stets auch als Bestandteil des "germanischen

Blocks" in Europa und als "kleines Deutschland" gesehen wird, ist die Angst vor einer Vorbildwirkung der rechtsextremen Regierungsbeteiligung groß. Die Maßnahmen geben nun die Gelegenheit zur engen französisch-deutschen Zusammenarbeit und zur Schaffung eines europäischen Instrumentariums für die Kontrolle der innenpolitischen Entwicklung von EUMitgliedstaaten. Überdies kann sich Frankreich als Verteidiger der EU gegen die europakritische FPÖ profilieren.

3. Auf bilateraler Ebene spielte das französische Österreich-Bild eine wesentliche Rolle in der Frage der Maßnahmen. Historisch schwankte die französische Politik stets zwischen Österreichfreundschaft und Österreichfeindschaft, abhängig von der aktuellen Haltung gegenüber Deutschland. Nach 1945 hing Frankreich einem relativ unkritischen, von Kunst und Kultur bestimmten Bild Österreichs an, was die kollektive Enttäuschung über die dunklen Seiten der österreichischen Geschichte, wie sie durch die Waldheim-Affäre ans Licht kamen, umso stärker werden ließ. Österreich wurde zum "Land, das wir so liebend gerne hassen" (so die französische Journalistin Joëlle Stolz). Die intensive Rezeption der Waldheim-Thematik resultierte daraus, daß sich auch Frankreich in dem schwierigen Prozeß der Aufarbeitung seiner Kollaboration mit dem Nationalsozialismus und seiner Mitverantwortung am Holocaust befindet. Wie die Vergangenheitsbewältigung in Österreich aufgrund des nationalen Opfermythos erst mit großer Verspätung eingesetzt hat, kam sie auch in Frankreich aufgrund des nationalen Widerstandsmythos sehr spät und war durch die Demontage dieses Mythos sehr schmerzhaft. Der Aufstieg der FPÖ und das international registrierte Lob Haiders für die NS-Beschäftigungspolitik und für Mitglieder der Waffen-SS haben die seit der Waldheim-Affäre überaus Österreich-kritische Einstellung französischer Medien weiter verschärft und das – zum Teil auch auf Fehlinformationen beruhende – Negativklischee Österreichs als eines nach außen durch Natur und Kultur glänzenden, im Inneren aber faschistoiden Staates gefestigt. Anlässlich des Wahlergebnisses 1999 erreichten die Negativ-Schlagzeilen in der französischen Presse einen neuen Höhepunkt.

Parlamentswahlen Frankreich 1997

Sozialisten	38,1%
Neogaullisten	22,8%
Bürgerlich-Liberale	20,8%
Front National	5,7%
Kommunisten	3,8%
Sonstige	8,8%

Medientexte (zum Teil französisch):

"L' extrême droite en Autriche" (Le Figaro, Paris, 5.10.1999)

"L'Autriche vote raciste" (France Soir, Paris, 5.10.1999)

"Le syndrome autrichien et nous ..." (Libération, Paris, 5.10.1999)

"Le Pen das Wasser abgraben" (Der Standard, Wien 6.10.1999)

"Le Monde: Wien durch internationale Entrüstung nicht erschüttert" (Der Standard, Wien, 28.1.2000)

"Frankreichs Frontisten suchen ihr Heil in Haider" (Der Standard, Wien, 8.2.2000)

"Wenn Paris nach Wien blickt, schielt ein Auge nach Berlin" (Die Presse, Wien, 4.3.2000)

"Extrêmes droites européennes entre radicalité et respectabilité" (Le monde diplomatique, 3/2000)

"Autriche, pourquoi la dérive" (Le monde diplomatique, 3/2000)

ITALIEN

Politische Struktur

Die italienische Demokratie seit 1945 ist durch Zersplitterung und schwache, kurzlebige Regierungen geprägt. Dominiert wurde das Parteiensystem bis 1994 von den Christdemokraten (DC), die seit 1946 (mit sozialistischer Unterbrechung 1981–1987) in wechselnden Koalitionen bzw. Minderheitsregierungen den Ministerpräsidenten stellten, und den Kommunisten (PCI), die 1947 im Zuge des Kalten Krieges aus der Regierung gedrängt worden waren und seither meist in Opposition standen. 1992 wurde das politische Gefüge durch die Aufdeckung weitreichender Korruptionsskandale und krimineller Verstrickung erschüttert, in deren Folge die DC und mit ihr das traditionelle Parteiensystem zerbrachen. Es bildeten sich ein Linksblock aus Postkommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Grünen und Parteilosen sowie ein Rechtsbündnis aus der 1993 neu gegründeten Mitterrechts-Partei Forza Italia, der postfaschistischen Alleanza Nazionale und der separatistischen Lega Nord. Nach den erstmals nach Mehrheitswahlrecht durchgeführten Wahlen 1994 regierte die Rechtskoalition unter Forza-Italia-Gründer Silvio Berlusconi, der aber nach 10 Monaten an institutionellen Schwächen seiner jungen Partei und der Unberechenbarkeit seiner Bündnispartner scheiterte.

Rechtsextremismus/Rechtspopulismus

Seither ist in Rom die Linkskoalition an der Macht. Ihr gelang unter Romano Prodi die wirtschaftliche Stabilisierung des Landes und die Aufnahme in die Euro-Zone. Prodi wurde aber von seinen Bündnispartnern gestürzt und von der EU als Chef der Kommission nach Brüssel berufen. Unter dem derzeitigen Premier Giuliano Amato befindet sich das Linksbündnis in einer Krise, zumal die Linksregierung durch ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik die eigene Parteiklientel verbittert hat. Die Regierungsparteien erlitten bei Regionalwahlen im April 1999 eine klare Niederlage, für die Wahl 2001 gilt ein Sieg des Rechtsbündnisses als wahrscheinlich (Die Presse 5.6.2000).

Das Rechtsbündnis besteht aus drei Parteien: Forza Italia wurde 1993 als wirtschaftsliberale, populistische Sammelbewegung gegründet; nach dem Wahlsieg 1994, den 10 Monaten Regierung und den darauf folgenden sechs Jahren Opposition scheint die Partei heute strukturell konsolidiert und könnte nunmehr die Nachfolge der zerfallenen DC als große Sammelpartei der Mitte antreten, zumal ihrem Gründer und Parteichef Berlusconi eine identitätstiftende Rolle zugebilligt wird. Der "Selfmademan", Medienunternehmer ("Canale 5", "Il Gionale") und Besitzer des Fininvest -Konzerns (Werbeagentur, Versicherung) sowie des Fußballklubs AC Milan, Berlusconi, der nicht nur als reichster Mann Italiens sondern auch als Meister der medialen Vermarktung gilt, propagiert traditionelle Werte, Familienbewußtsein und Leistungsdenken und präsentiert sich mit messianischem Sendungsbewußtsein: seine "Mission" sei es, sich zum Wohl des Landes zu opfern, um dieses von der Korruption zu reinigen und neu zu erschaffen. Als Bündnispartner bieten sich wie 1994 mehrere Parteien an. Die nationalkonservative Alleanza Nazionale (AN) wurde 1946 als neofaschistisches Movimento Sociale Italiano von Giorgio Almirante gegründet; Ende 1993 distanzierte sich die Partei unter Gianfranco Fini vom Faschismus und benannte sich in Alleanza Nazionale um. Zum Zeichen dieses konsequenten Wandels besuchte Fini demonstrativ Gedenkstätten für die Opfer des Faschismus, Nationalsozialismus und Holocaust sowie jüdische Veranstaltungen. Sogar Finis politische Gegner erkennen die Abkehr Finis vom Faschismus als aufrichtig und die AN als demokratische Partei an. Bezahlen mußte die AN ihren Wandel mit der Abspaltung der ultrarechten Gruppe "La Fiamma" unter Pino Rauti, der Mussolini nach wie vor öffentlich als größten italienischen Politiker des 20. Jahrhunderts verehrt. Intensive Reibungen bestehen zwischen Fini und dem dritten Koalitionspartner von 1994: der aus dem Separatismusstreben des reichen, industrialisierten Nordens Italiens entstandenen Lega Nord unter der Führung von Umberto Bossi. Zwar mußte Bossi zuletzt "verheerende Wahlschlappen" hinnehmen, doch

drängt Berlusconi auf eine Beteiligung Bossis am Wahlbündnis. Die für den Koalitionsbruch 1994 mitverantwortlichen Spannungen zwischen Bossi und Berlusconi scheinen beseitigt, der Separatismus und die geplante Ausrufung "Padaniens" als unabhängige Republik in Oberitalien vergessen, und auch das an den Deutschnationalismus erinnernde Neuheidentum und der Antiklerikalismus der Lega wurden aufgegeben. Dennoch bleiben sowohl Fini als auch die meisten Beobachter mißtrauisch. Bossi pflegte enge Kontakte zu Haider, der auch bei öffentlichen Veranstaltungen der Lega auftrat, ist allerdings im Sommer 2000 auf Distanz zu Haider gegangen.

Maßnahmen

Die Reaktionen der italienischen Presse auf den Wahlerfolg Haiders 1999 zeigten ein breites Spektrum. "Il Messagero" bezeichnete die FPÖ als "xenofobi e neonazisti" und erinnerte an Haiders Lob für die NS-Beschäftigungspolitik und der "Corriere della Sera" brachte unter dem Titel "Sieg Haider" eine sich aus der Wahlurne erhebende Hitlerkarikatur, wohingegen das Berlusconi-Blatt "Il Giornale" die Frage: "Un nazista?" verharmlosend mit "No, un populista che ha capito dove tira il vento" beantwortete. Die kolportierten politischen Reaktionen reichten von Genugtuung der Lega Nord über den FPÖ-Erfolg bis zur Besorgnis des Parlamentspräsidenten über die "philonazistische" Komponente Haiders. Die Berichterstattung über die Regierungsbildung stand unter dem Eindruck der anti-ÖVP/FPÖ-Demonstrationen. Die ÖVP/FPÖ-freundliche Berlusconi-Presse verwies ironisch auf das "gefährliche Programm" Haiders, das im wesentlichen aus einer Liberalisierung und Öffnung zur NATO bestehe.

Daß Haider auch die italienische Öffentlichkeit polarisiert, bewieß ferner die Verwüstung eines Austrian Airlines-Büros in Mestre und des Lega Nord-Sitzes in Venedig durch militante Haider-Gegner.

In der Frage der Maßnahmen vertrat die italienische Regierung anfangs eine harte Haltung gegenüber der ÖVP/FPÖ-Regierung, lediglich vereinzelte Abgeordnete der AN und Lega solidarisierten sich mit der österreichischen Regierung. Mitverantwortlich für die Haider-kritische offizielle Haltung dürfte dessen Eintreten für die separatistische Lega gewesen sein. Später befürwortete aber auch Italien eine Aufhebung der Maßnahmen. Die Forderung des deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder, gegenüber einer Rechtsregierung unter Einbeziehung der Postfaschisten in Italien ähnlich zu agieren wie gegen die schwarz-blaue Wiener Koalition wurde von italienischen Politikern mit dem – inhaltlich richtigen – Hinweis zurückgewiesen, die ehemaligen Neofaschisten hätten sich schon 1993 von ihrer Vergangenheit eindeutig distanziert. Der besonders von österreichischen Medien gezeigte Reflex, die Regierungsbeteiligung der FPÖ mit jener der AN gleichzusetzen, ist somit nicht korrekt, sondern auf mangelnde Information über das italienische Parteiensystem zurückzuführen. Nichtsdestotrotz waren aber 1994 manche AN-Mitglieder der Regierung Berlusconi bei internationalen Treffen boykottiert worden – unter anderem von ÖVP-Politikern.

Parlamentswahlen Italien 1996

Linksdemokraten	21,1%
Forza Italia	20,6%
Alleanza Nazionale	15,7%
Lega Nord	10,1%
Kommunisten	8,6%
Volkspartei	6,8%
Christdemokraten	5,8%
Sonstige	11,3%

Medientexte (zum Teil italienisch)

“Un virus al di lá delle Dolomiti” (Il Messagero, Rom, 4.10.1999).

“Sieg Haider” (Corriere della Sera, Mailand, 4.10.1999)

“Un nazista?” “No, un populista che ha capito dove tira il vento” (Il Giornale, Mailand, 5.10.1999).

“Wien, Europa und der Kaffeesatz” (Corriere della Sera, Mailand, 28.1.2000)

“Wie die EU mit den neofaschistischen Ministern der Regierung Berlusconi umging” (Kurier, Wien, 29.1.2000)

“Forza Mamma” (profil 27/00, 3.7.2000)

“Paris stellt nun auch Italiens Berlusconi die Rute ins Fenster” (Die Presse, Wien, 25.4.2000)

NIEDERLANDE

Politische Struktur

Das liberale Image der Niederlande geht auf die Toleranz im Zusammenleben von Katholiken, Protestanten und Juden, auf den Widerstand gegen die (in den Niederlanden hauptsächlich von Österreichern geleitete) deutsche Besetzung und Judendeportation im Zweiten Weltkrieg sowie auf die Offenheit der niederländischen Gesellschaft (Benelux-Zollunion, EG-, UNO-, NATO-Mitgliedschaft, liberale Einwanderungspolitik, liberale Drogenpolitik) zurück. Beim politischen Aufbau seit 1945 waren die Katholische Volkspartei und die sozialdemokratische Arbeiterpartei führend; in den 70er Jahren schlossen sich die konfessionellen Parteien zum Christdemokratischen Appell (CDA) zusammen. Bei den Wahlen 1994 wurde der CDA, der bzw dessen Vorgänger sich über 75 Jahre in der Regierung befunden hatten, erstmals in die Opposition verwiesen. Seither regiert eine sozialdemokratisch-liberale Dreierkoalition aus der Arbeiterpartei (PvdA), der rechtsliberalen Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD) und den linksliberalen Demokraten (D66) unter der Führung von Wim Kok, die 1998 deutlich gestärkt wurde.

Rechtsextremismus/Rechtspopulismus

1994 konnten die rechtsextremen Zentrumsdemokraten (CD) bei Lokalwahlen bis zu 10% erzielen. Die Partei war aus der 1971 von niederländischen Altnazis initiierten Nederlands Volks Unie hervorgegangen, 1979 war die rassistische Zentrumsparterie gegründet worden, die 1984 bei Europawahlen Spitzenwerte bis zu 8% errang. Im selben Jahr spalteten sich die Zentrumsdemokraten von der sich ständig radikalisierenden Zentrumsparterie, die Kontakte zum internationalen Rechtsextremismus und Suprematismus unterhielt, ab. Aber auch die gemäßigeren CD erwiesen sich z.B. mit ihrer Forderung nach dem Rücktritt dreier niederländischer Politiker ausländischer Herkunft als klar rassistisch, weshalb ihr Vorsitzender Hans Janmaat 1991 einem Boykott aller acht anderen Fraktionsvorsitzenden im niederländischen Parlament ausgesetzt war. 1998 wurde der Vormarsch der CD gestoppt, ihr Ausscheiden aus dem Parlament wurde erleichtert kommentiert. Ein Grund für den Zusammenbruch der Rechtsextremen ist der Rechtsruck der liberalen VVD, die trotz heftiger Kritik seit 1995 für eine Einschränkung der Zuwanderung eingetreten war.

Maßnahmen

Die Sensibilität für rechtsextreme Tendenzen ist in den Niederlanden sehr hoch. Anders als zur Zeit der Waldheim-Affäre, als Österreich einhellig auf Ablehnung stieß, war die öffentliche Meinung über die einzunehmende Haltung geteilt. Die FPÖ wird zwar für ihre Fremdenfeindlichkeit und ihre fehlende Abgrenzung vom Nationalsozialismus verurteilt, die Maßnahmen der 14 EU-Partner wurden aber in manchen Medien als undurchdacht kritisiert. Ein Skiurlaub von Königin Beatrix in Österreich löste kurzfristig heftige Diskussion aus.

Parlamentswahlen Niederlande 1998

Arbeiterpartei	29%
Volkspartei für Freiheit und Demokratie	24,7%
Christdemokratischer Appell	18,4%
Demokraten '66	9%
Grüne Linke	7,3%
Sozialistische Partei	3,5%
Protestantische Parteien (RPF, SGP, GPV)	5%
Zentrumsdemokraten*	0,6%
Sonstige*	0,5%

* im Parlament nicht vertreten

Medientexte (zum Teil niederländisch)

“Rechtsruck im liberalen Holland” (Der Standard, Wien, 20.3.1995)

“Haider is risico voor Oostenrijk”(Algemeen Dagblad, Rotterdam, 4.10.1999)

“Hoe de angel te trekken uit extrem-rechts” (de Volkskrant, Amsterdam, 4.2.2000)

“Nadenken over Haider niet verboden” (Algemeen Dagblad, Rotterdam, 4.2.2000)

Anfragebeantwortung über Österreich durch den niederländischen Außenminister (auf niederländisch) www.minbuza.nl/Content.asp?Key=301257&Pad=257243,306566

SCHWEDEN

Brandanschlag auf Konsulat in Malmö, offiziell zurückhaltend gegen Maßnahmen²

² Eduard Rausch, ATW, in news 12/00.

SPANIEN

Politische Struktur

Die demokratische Entwicklung Spaniens, das von 1936 bis 1975 vom Bürgerkrieg und der darauf folgenden Militärdiktatur des Generals Francisco Franco beherrscht worden war, setzte wieder ein, als der nach dem Tod Francos 1975 zum König gekrönte Juan Carlos eine Phase der Demokratisierung einleitete. 1977 fanden freie Wahlen statt. Nach einer Zentrumsregierung war seit 1982 die Sozialistische Arbeiterpartei PSOE unter Felipe Gonzáles Márques an der Macht, 1996 übernahm die in den 80er Jahren gegründete konservative Volkspartei (Partido Popular) unter José Maria Aznar die Regierung und wurde bei den Wahlen im März 2000 bestätigt.

Rechtsextremismus/Rechtspopulismus

Nach Francos Tod zerfiel seine faschistische Staatspartei Falange rasch. Ihre rechtsextremen Mitglieder gründeten mehrere Nachfolgeparteien (Bund der Bürgerkriegsveteranen unter J A Girón, Falange Española unter R Fernández Cuesta, Fuerza Nueva unter B Piñar), die sich 1977 zur Alianza Nacional zusammenschlossen. Bei den Wahlen 1979 blieb das zur Unión Nacional umgestaltete Bündnis mit einem Abgeordnetenmandat aber politisch bedeutungslos. Spanien, das während der Franco-Diktatur zum Zufluchtsland gesuchter und verurteilter Nationalsozialisten und Kriegsverbrecher geworden ist, besitzt eine sehr aktive Neonazi-Szene, die von dem 1965 unter Beteiligung des österreichischen Kriegsverbrechers Otto Skorzeny gegründete CEDADE (Círculo Español de Amigos de Europa) angeführt wird und eng mit deutschen und österreichischen Neonazis zusammenarbeitet. Aus finanziellen Gründen wurde CEDADE 1993 offiziell aufgelöst, die spanische Neonazi-Szene ist jedoch weiterhin aktiv.

Maßnahmen

Sowohl von der Regierung als auch von der Bevölkerung wurde die Bildung der FPÖ/ÖVP-Koalition verurteilt. Für den Partido Popular und Aznar, der seit seiner glanzvollen Wiederwahl als Leitfigur der europäischen Konservativen betrachtet wird, galt es, durch die Verurteilung der Mitte-Rechts-Regierung die eigene Abgrenzung gegenüber dem Faschismus und Orientierung zur Mitte glaubhaft zu machen. Der stärkste Beweggrund für die spanische Beteiligung an den Maßnahmen waren aber schlichtweg die Aussagen Jörg Haiders über die "ordentliche Beschäftigungspolitik im Dritten Reich" und die "anständigen" SS-Männer; anders als im österreichischen Bewußtsein sind sie in den spanischen Medien stets präsent geblieben und haben der FPÖ den Ruf einer Neonazi-Partei erworben, für deren Regierungsbeteiligung die spanische Öffentlichkeit kein Verständnis besitzt. In einer Umfrage im März 2000 sprachen sich daher 52% der Befragten für die Maßnahmen aus (laut Der Standard, Wien, 28.3.2000).

Medientexte

"Österreich – Wenn es nur einen Weg nach rechts gibt" (ABC, Madrid, 29.1.2000)

"Haider, der Politiker, der Europa erschreckt und die Österreicher anregt" (ABC, Madrid, 30.1.2000)

"Aznar will ÖVP unter Druck setzen" (Die Presse, Wien, 7.2.2000)

PORTUGAL

Politische Struktur

Portugal erlebte nach einer kurzen Phase als parlamentarische Republik (1908–1926) mehrere Militärjuntas und ein ständisch-autoritäres Regime, das 1974 durch einen neuerlichen Militärputsch („Nelkenrevolution“) gestürzt wurde. Seit 1976 stellte die Sozialistische Partei unter Mário Soáres die Regierung, die faktische Staatsmacht lag aber bis 1982 beim Revolutionsrat. 1983 wurde eine linke Koalitionsregierung gebildet, die 1986 den Beitritt zur EG erreichte. Als Staatspräsident revidiert Soáres in Zusammenarbeit mit Ministerpräsident A. Cavaco Silva seit 1986 die sozialistische Wirtschaftspolitik zugunsten marktwirtschaftlicher Reformen.

Maßnahmen

“Österreich als Nazi-Land“, Achse Lissabon-Madrid³

³ Josef Manola, ORF, in news 12/00.

UK

“Im Vergleich zu Frankreich oder Belgien zurückhaltender, sie haben innenpolitisch auch nicht das gleiche Problem, keine bedeutende Partei am extremen rechten Rand”; “hier einen xenophoben Streit über illegale Immigranten, in dem sich die Rhetorik von jener Jörg Haiders nicht sehr unterscheidet”; Leute, die bei den Salzburger Festspielen absagen; wollen im Augenblick die österreichische Botschaft lieber nicht betreten⁴

⁴ Hella Pick, The Guardian, in news 12/00.